

Federf.: DKP-Ratsfraktion

Vorlage für den	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Rat		01.06.2006	

öffentliche Sitzung

Betrifft:

Vorschlag gem. § 7 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Gladbeck und seine Ausschüsse

hier: Antrag der DKP-Ratsfraktion

- Bericht vom Städtetag Nordrhein-Westfalen vom 26. April 2006 -

Begründung:

(ggf. zusätzlich)

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Roland,
sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit beantragen wir, u.a. Thema auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung zu setzen.

Begründung:

Die Berichte (eine Diskussion gab es leider nicht!) auf dem Städtetag machten deutlich, dass eine offensichtlich ganz herrschende Auffassung davon ausgeht, dass auch in absehbarer Zeit ausreichende Mittel für die Gemeinden in NRW nicht zur Verfügung gestellt werden. Änderungen der Steuerpolitik zu Gunsten der Stärkung der Gemeinden bei Bund und Ländern seien nicht in Sicht, so die Berichterstatter auf dem Städtetag.

Es wurden vielmehr dargelegt – und in den Arbeitsgruppen entsprechend diskutiert -, dass weiter zu Lasten der Bürger gespart werden müsse und sämtliches Vermögen, veräußert werden solle.

Diese neoliberale Linie wird zu einem weiteren Ausbluten der Gemeinde führen. Das durch Wahlen legitimierte Gemeinwesen wird auf einen Minimalbestand schrumpfen. Kultureinrichtungen, aber auch Schulen und öffentliche Straßen sollen der Privatisierung zum Opfer fallen. Dann werden auch dort die Gesetze des Marktes und der Gewinnmaximierung vorherrschen.

Bedauerlicherweise waren auf dem Städtetag keine nennenswerten Kräfte erkennbar, die dem scheinbar unaufhaltsamen Trend entgegenwirken.

Mitzeichnungen				
Bürgermeister	Erster Beigeordneter:	Beigeordneter/ Stadtkämmerer:	Beigeordneter/ Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____	Datum: _____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: _____

Es ist dringend notwendig, dass die sozialen Kräfte, die für einen Erhalt eines intakten, breit angelegten und demokratisch legitimierten, Gemeinwesen ihre Stimme erheben und von den zuständigen Parlamenten umgehend eine nachhaltige Verbesserung der Gemeindefinanzen einsetzen. Bund und Länder müssen aufgefordert werden, umgehend entsprechende Gesetzgebungsverfahren (Umverteilung der Steuermittel zu Gunsten der Gemeinden) in die Wege zu leiten.

Andernfalls werden schon bald die Gemeinden nicht mehr in der Lage sein, noch irgendwelche gestalterischen Maßnahmen durchzuführen.

Wir behalten uns vor, in der Sitzung Beschlussantrag zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

Gerhard Dorka
DKP-Fraktionsvorsitzender

In der Sitzung des

☒ _____-Ausschusses

☒ Rates

☒ Haupt- und Finanzausschusses

am _____ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: